

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntag.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

40. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 6. September 1902.

№ 104.

Zur Neutralitätsfrage.

Ueber dieses Kapitel ist in der Arbeiterpresse und auch im Corr. schon so viel geschrieben worden, daß man föhlig glauben sollte, es wären in dieser Frage bei unseren Kollegen keine Zweifel mehr zu zerstreuen. Aber leider müssen wir immer wieder konstatieren, daß in Fragen des vornehmsten Arbeiter- und Gewerkschaftsinteresses fast ausnahmslos der Gewerkschaftler hinter den Parteimann zurücktritt, daß ein beschränktes Fraktionsinteresse, der enge Horizont eines erstarrten Parteibogmas, das platte Schema F. der Parteilehrfäße die freie Forschung, die klare Erkenntnis, die unumstößlichsten Tatsachen verneint und selbst die niedrigste Parteiphrase in einer hochheiligen Glorie erscheinen läßt. Auf Grund dieses Uebelstandes ist innerlich den Gewerkschaften mehr geschadet worden als durch den Angriff der Gegner von Außen. Die Neutralitätsbestrebungen haben daher den Zweck, die Gewerkschaften in allen wichtigen Arbeiterfragen zu verselbständigen und durchaus unabhängig von jeder politischen Partei zu machen. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, die Mitglieder der Gewerkschaften daran zu gewöhnen, vom Standpunkte ihres Gegenwartsprogramms und ihrer Gegenwartsarbeit aus in Fragen zu entscheiden, welche die Gewerkschaften aufs Engste berühren und, das bisher den politischen Parteien zur Verhandlung und Verabschiedung zugesprochen wurden und diesen Parteien auch reserviert geblieben sind.

Die Neutralitätsbestrebungen in den Gewerkschaften, werden eben noch in den Kinderschuhen und daraus erklärt sich, warum auch in unseren Kollegenkreisen nicht allseitig verstanden wird, daß diese Neutralität nicht knechtisches Schweigen bedeutet, wenn zur rechten Zeit und am rechten Orte gesprochen werden muß. Während alle Parteien, denen in größerer Zahl Arbeiter angehören, infolge ihrer heterogenen Zusammensetzung nie ein reines Arbeiterinteresse vertreten und nie reine Arbeiterparteien sein können und deshalb oft zu Handlungen gedrängt werden, die den Gewerkschaftsinteressen fräcks zuwiderlaufen und den Gewerkschaftlern einfach unverständlich sind, kommen die Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Partei z. B. nur dann in Konflikt, wenn irgend welche praktische, nützliche Maßnahmen, die vom Arbeiter- und Gewerkschaftsstandpunkte aus wohl überlegt und in ihren Konsequenzen überdacht sind, in Widerspruch stehen mit gewissen Theorien, die, weil über Raum und Zeit hinausragend, unfähig sind, der organischen, der natürlichen Entwicklung Konzessionen zu machen.

Für uns persönlich ergebe sich in der Neutralitätsfrage die unerquicklichsten Situationen. Wir sind verpflichtet, ohne Rücksicht auf irgend eine politische Partei deren Handlungen zum Gegenstande einer Kritik zu machen, wenn diese Partei Arbeiterinteressen gefährdet oder diese direkt oder indirekt schädigt. Eine Neutralität, die eine solche Kritik verhindern will, ist keine Neutralität und eine Gewerkschaft, die sich auf den Boden einer solchen Neutralität stellen würde, wäre weiter nichts als eine konzessionierte Stiefelpummaschine.

für parteipolitischem Schutzzeug. Haben wir noch bis in die jüngste Zeit hinein uns wiederholt mit der sozialdemokratischen Partei beschäftigen müssen, deren Organe jahrelang unsre Gewerkschaftsarbeit abfällig besprachen, ohne — und das muß bei der Neutralitätsfrage festgehalten werden — daß wir durch unsre Gewerkschaftsarbeit die sozialdemokratische Partei irgendwie benachteiligt hätten, während unsre Abwehr und Kritik eben nur der uns zugefügten offensichtlichen Schädigungen halber einsetzte, so werden jetzt in Kollegenkreisen Stimmen laut, weil unser Verhalten der Zentrumsparthei gegenüber angeblich kein neutrales sei. Inwieweit wir diese Neutralität verlegt haben sollen, dafür liegt folgendes Material vor. In Nr. 101 brachte der Corr. unter Rundschau nachstehende Notiz über den Mannheimer Katholikentag:

Der in Mannheim tagende diesjährige Katholikentag begann seine Tätigkeit damit, den Arbeitern die „Kirche“ (recte Zentrum) als alleiniges Heilmittel anzupreisen. Diese betrachte die Förderung der Interessen der Arbeiter als Hauptaufgabe. Schließlich wurden noch die Vorteile der katholischen Gesellenvereine angepriesen. In Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen hat ja das Zentrum die Reklame nötig, ob sie ihm angesichts seiner Haltung gegenüber dem Volkstare viel nützen wird, das ist billig zu bezweifeln. Vorläufig freilich haben sich die Arbeiter noch zu einem Schaugebränge. einem Festzuge hergegeben, an dem sich 170 Vereine mit 20 000 Personen beteiligt haben sollen. Bei eintretender gesteigerter Arbeitslosigkeit und Hungersnot kann sich aber auch diese Marschrichtung ändern.

Diese Notiz, deren Berechtigung nur der Zentrums-Parteimann bestreiten wird, zeitigte eine Zuschrift aus dem Rheinlande, die wir im Wortlaute folgen lassen:

„In der neuesten Nummer des Corr. lese ich eben eine förmliche Verhöhnung des Katholikentages, in Mannheim. Als Mitglied dieser Tagung muß ich zunächst die Identifizierung der „Kirche“ mit dem Zentrum zurückweisen. Daß ich als Zentrumsanhänger mich freue, wenn die Katholiken in ihrer überwiegenden Mehrheit auch zur Fahne des Zentrums halten, werden Sie begreifen. Nachdem ich aber vor etwa Jahresfrist es gern gesehen habe, daß meine beiden Söhne (einer als Setzer und einer als Drucker) nach der Neuregelung der Tarifverhältnisse sich dem Verbande freudig angeschlossen haben, berührt es schmerzlich, im Verbandsorgane meine und der jungen Leute politische Ueberzeugung verhöhnt zu sehen. Lassen Sie doch endlich einmal die Politik aus dem Spiele; Sie vereteln dadurch nur den Verbandsmitgliedern und deren Gönnern das Dasein. Der Volkstare ist eine hochpolitische Angelegenheit, wobei die Ansichten sehr weit auseinandergehen; es ist aber nicht Sache der Gewerkschaften und Interessenvertretungen, darüber abzurteilen. Dazu sind die politischen Körperschaften berufen, die hoffentlich einen billigen Ausgleich der widerstrebenden Interessen zum Wohle Aller finden werden. Wie Ihnen bekannt sein muß, hat der Katholikentag zu der Frage keine Stellung genommen, einige diesbezügliche Anträge wurden zurückgewiesen und von den Antragstellern selbst zurückgezogen. Wenn Sie in Ihrem fünfzehnjährigen Hohnreferate am Schlusse eine Hungersnot an die Wand malen, so will ich Ihnen diese Entgegnung gern zu gute halten. Es hat oftmals schon billige und teure Zeiten gegeben, ohne daß eine Hungersnot eingetreten ist. Mag der Volkstare eine Gestalt gewinnen wie er will, die Welt wird darüber nicht aus den Angeln gehen und wer das Arbeiten noch nicht verlernt hat, wird auch schon sein Brot zu verdienen wissen.“

Ich habe mich von Herzen gefreut, daß gerade durch meine persönlichen Bemühungen in unserm Betriebe der Tarif anerkannt wurde, worauf wenigstens noch eine größere Zeitungsdrucker, wenn auch sehr widerstrebend, gefolgt ist. Daß die übrigen Zeitungsoffizinen sich ab-

lehrend verhalten, ist zu bedauern. Möge die Corr.-Redaktion nun aber auch den ‚Pferdefuß‘ nicht dann und wann immer wieder hervortreten lassen, damit alle Angehörigen der schwarzen Kunst, welcher politischen Farbe sie auch immer angehören, sich aufrichtig des Verbandes und seiner Bestrebungen freuen können.“

Zunächst müssen wir es entschieden zurückweisen, daß wir die Gefinnungen oder die politische Ueberzeugung irgend eines unserer Kollegen verhöhnen wollen. Ebenjowenig den Katholikentag. Andererseits zwingen uns aber die Tatsachen dazu, festzustellen, daß das Zentrum einmal wegen seiner bunten Zusammensetzung (Großindustrielle und Handwerker, Großgrundbesitzer und Kleinbauern, Freihändler und Zünftler, Adlige und Arbeiter, Geistliche usw.), dann wegen seiner hauptsächlich kirchlichen Bestrebungen gar nicht in der Lage ist, mit Nachdruck und Ausdauer wirkliche Arbeiterinteressen vertreten zu können. Was das Zentrum bisher auf diesem Gebiete getan hat, war abhängig von rein parteipolitischen Erwägungen, von Konkurrenzrücksichten auf andere Parteien, von der Notwendigkeit, sich die Gefolgschaft der katholischen Arbeiter zu sichern, diese Arbeiterpolitik des Zentrums ist aber nicht getragen gewesen von einem tiefgehenden Verständnisse für die materiellen Bedürfnisse, für die geistige und politische Freiheit der Arbeiter. Gerade das Zentrum hat immer und immer wieder versucht, die Arbeiter von einer notwendigen gewerkschaftlichen Selbstständigkeit und Neutralität zurückzuhalten, was auch nach außen am deutlichsten zum Ausdruck kam in jenem vielbesprochenen Fußbaer Hütenbriese, in dem es hieß, „daß es keiner religiös-neutralen Menschenschöpfungen bedarf“, sondern daß die (nichtsagenden) Fachabteilungen in den katholischen Arbeitervereinen genügen zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter. Die religiöse Anschauung der katholischen Arbeiter an sich schon, der Hinweis auf das bessere Jenseits u. dergl., der Einfluß des Klerus und die doktrinaire Haltung der modernen Arbeitervereinigungen den christlichen Gewerkschaften gegenüber haben es mit sich gebracht, daß die katholischen Arbeiter das vielfach arbeitserfindliche Verhalten des Zentrums bis jetzt ruhig über sich ergehen ließen. Zur Zeit der Mallinckrodt, Ketteler, Majunke usw. ging ein freierer Zug durch das Zentrum und manche Hoffnungen der katholischen Arbeiter mochten damals nicht als unberechtigt erscheinen, heute ist „alles anders worden“, das Zentrum geht nach dem Hinstorben seiner bedeutendsten Führer mit den starren Konservativen und Volkseindern durch dick und dünn, daran ändern auch die schönen Mannheimer Neben nichts, die heute schon in weiten katholischen Arbeiterkreisen kein Echo mehr finden. Und ist die Mannheimer Tagung nicht selbst der Beweis dafür? Haben nicht die Arbeiter Giesberts und Bruff bei der Erörterung des Themas „Arbeitslosigkeit“ Protest eingelegt gegen den Antrag des bekannten rabiaten Dr. Heim, der von „einer kräftigen Abhilfe der traurigen Lage der Landwirtschaft“ spricht, in ziemlich deutlicher Weise also die Stellung des Zentrums zur Volksvorlage ankündigte. So entgegnete der Kölner Arbeitersekretär Giesberts: „Es ist gesagt wor-

den: die Arbeiter fahren, wenn sie Geld verdienen, in Droschken. Ich bemerke: die Maurergesellen sind ebenso berechtigt, für ihr Geld Droschke zu fahren, wie die sektrinkenden Agrarier. Es ist ferner im Ausschusse gesagt worden: der Arbeiter habe kein Recht auf Arbeit. Ich muß als Arbeiter dagegen Protest erheben. Soll der Arbeiter bloß die Pflicht zur Arbeit haben und, wenn er keine Arbeit hat, das Recht zu verhungern? Ich bedauere die erwähnten Äußerungen, die ich als Arbeiter nicht unwidersprochen lassen kann." Und der Vorsitzende des christlichen Bergarbeiterverbandes, August Bruff, erklärte: "Wenn die Landwirtschaft den Arbeitermangel bekämpfen will, dann tut sie am besten, daß sie ihre Arbeiter auskömmlich bezahlt." In diesen Worten ist nichts zu spüren von der Auffassung Windthorst's bei der Beratung des Arbeiterbeschützungs-Antrages der Zentrumsparthei im Jahre 1877, wo die "kleine Erzellenz" betonte, das Volk müsse "das Jagen nach materiellen Genüssen aufgeben", es müsse "auch in der Not der Zeit lernen, mit etwas weniger auszukommen als die letzten Jahre gebracht haben". Heute fragt ein katholischer Arbeiter den Katholikentag, ob denn der Arbeiter nur das Recht haben soll, zu verhungern! Läßt das, um mit Sabor zu reden, nicht tief bliden?

Wir verkennen durchaus nicht, daß das Zentrum schon vor vielen Jahren zahlreiche Anträge im Reichstage eingebracht hat, welche zu Gunsten der Arbeiter gehalten waren, diese Anträge waren aber wohl nicht allzu ernstlich gemeint, sonst hätte sie die stärkste Partei des Reichstages mit ihrem weitreichenden politischen Einflusse auch durchdrücken können. Konnte diese Partei aber geschlossen sein in Fragen, wo der Großindustrielle, der Latifundienbesitzer zu Gunsten der Arbeiter auf materielle und Klassenrechte verzichten sollte? Müßte es hier nicht bei einem Spiele mit Worten bleiben? Konnte eine Partei der aufwärts strebenden Arbeiterklasse die Wege ebnen, wenn diese Partei durch den Mund eines ihrer hervorragendsten Führers, des Abgeordneten Peter Reichensperger, noch im Jahre 1892 im preussischen Abgeordnetenhause verkünden läßt:

"Ich trage gar keine Bedenken, meine Ueberzeugung dahin auszusprechen, daß allgemein für alle Volksschulen als obligatorische Lehrgegenstände nur hingestellt werden können: gründlicher Unterricht in der Religion, im Lesen, Schreiben und Rechnen, damit diese Materien ganz von dem Böglinge aufgenommen werden. . . . Nun sagt der § 5 der Vorlage, daß als allgemeine obligatorische für alle Volksschulen geltende Lehrgegenstände dienen sollen: vaterländische Geschichte, Geographie, Naturkunde, Zeichen! Nun meine Herren, das sind alles recht schöne Dinge, aber sie sind meiner Ueberzeugung nach nicht bloß ein überflüssiger Luxus, sondern sie tragen die allergrößten Gefahren für die Gesamtheit, für den Staat in ihrem Schoße. Ich frage ganz einfach, ob denn junge Leute, die bis zum vollendeten vierzehnten und fünfzehnten Lebensjahre mit allen diesen schönen Dingen traktiert worden sind, mit Zufriedenheit und innerer Befriedigung in den ihnen allein geöffneten Lebensweg eintreten können als Ackerknecht oder Stallknecht, als Ziegenhirt oder Gänsehirt, als Lehrling und Fabrikarbeiter? Ich frage, meine Herren, ob diese jungen Leute mit Befriedigung, ja ohne Scham und Wut in solche Stellungen eintreten und ob sie sich nicht für viel zu gebildet und zu gut erachten, dergleichen Obliegenheiten auf sich zu nehmen."

Demnach läßt das Zentrum durch den Mund seines Führers verkünden, daß es die Verdummung der Arbeiter für einen erstrebenswerten Kulturzustand hält; unsers Erachtens müßte gegen ein solches Programm auch ein Verbandsmitglied Front machen, das dem Zentrum angehört. Wir wollen Wissen, Bildung, Freiheit, Gleichberechtigung, ein menschenwürdiges Dasein für alle Arbeiter, und soll uns da zur Erreichung dieses Zieles der Standpunkt Reichenspergers als Leitstern dienen? Wird der verehrte Kollege, dessen Zuschrift wir abgedruckt, behaupten wollen, daß es die Gesichtspunkte dieses verstorbenen Zentrumsführers sind, von denen aus der Verband die Erziehung seiner Mitglieder und deren Interessenvertretung behandelt wissen will? Sind das vielleicht unsere Ziele, die wir im Rahmen des Bestehenden erreichen wollen?

Weiter: Entspricht es der Gerechtigkeit und dem Interesse des deutschen Arbeiters, wenn sein Etat fortgesetzt durch die indirekten Steuern aufschwerste belastet wird, ohne daß eine entsprechende Lohnerhöhung nebenher geht? Indem das Zentrum für die Getreide-, Vieh-, Fleisch-, Kaffee-, Zucker-, Petroleumzölle stimmte, indem es den Schnapsbrennern über 400 Millionen Mark an "Liebesgabe" bewilligte, indem es den Familien der Reichsunmittelbaren, die bisher keine direkten Staatssteuern zahlten, ebenfalls Millionen zusprach, bloß damit diese immens reichen Leute künftig Steuern zahlen sollten, indem es den reichen Bergwerksbesitzern und Aktionären durch den Erlaß der Bergwerkssteuer jährlich Millionen zuwandte, hat das Zentrum den Arbeiterinteressen nicht gedient. Das preussische Dreiklassenwahlsystem, das selbst Bismarck als "das elendeste aller Wahlgesetze" bezeichnete, läßt sich ohne Zustimmung des Zentrums nicht aufrecht erhalten. In Militär- und Marinefragen ist der Kuhhandel und das Umfallen des Zentrums sprichwörtlich geworden. Als politische Partei hat das Zentrum den Arbeitern nichts genützt und das politische Zentrum ist in unfrer Mundschau nicht so behandelt worden, wie es zu behandeln wir berechtigt und verpflichtet sind. Wir denken nicht daran, der religiösen Vereinigung und den religiösen Bestrebungen des Zentrums entgegenzutreten, das haben die betreffenden Leute mit sich selbst abzumachen, aber auf der einen Seite die katholischen Arbeiter aufzufordern, ihr Heil in der Kirche zu suchen und auf der andern in Zeiten beispielloser Arbeitslosigkeit den Arbeitern das Brot ins Uner-schwänglichliche zu verkaufen, das heißt allerdings einer Hungersnot in die Hände arbeiten, und dieser Brotwucher wird inszeniert mit Anrufung des Namens Gottes und unter Assistentz des päpstlichen Segens von der allerchristlichsten Partei! Und was sollen wir schweigen um der "Neutralität" willen?

Der rheinische Kollege ist ganz und gar im Irrtum, wenn er meint, es wäre Sache der politischen Körperschaften, sich mit dem Zolltarife zu beschäftigen. Das kann doch nur eine Verlegenheitsausrede sein, gegen die sich gar nicht zu polemisieren verlohnt. Als ob sich die Bierbrauer nicht gegen eine Erhöhung der Biersteuer, die Hausbesitzer nicht gegen eine Erhöhung der Grundsteuer wenden würden, der Arbeiter aber, der den Löwenanteil der Zollerhöhung zu tragen hat, soll es stillschweigend in das Ermessen ihm gleichgültig oder gar feindselig gesinnter Kreise stellen, wie teuer er sein tägliches Brot bezahlen darf. Uebrigens liegt bei unseren Kollegen, die der Zentrumsparthei angehören, gar kein Grund vor, sich über uns zu beschweren, weil wir die letztere angeblich zu Unrecht angegriffen hätten. Wir haben im Gegenteil um des lieben Friedens willen sowohl bei der Zentrumsparthei wie bei der Sozialdemokratie zu Vielem geschwiegen, wo wir berechtigt gewesen wären, zu reden. Unsere Kollegen in der Zentrumsparthei mögen doch einmal Umschau halten in katholischen Kreisen und sie werden finden, daß aus den eignen Reihen dem Zentrum selbst der stärkste Protest gegen viele seiner Handlungen entsteht und in katholischen Arbeiterkreisen befinnt man sich darauf, daß es zur Erhaltung der physischen Existenz im irdischen Jamertale ziemlich realer Dinge bedarf und daß die bekannte "Suppenlogik mit Knödelgründen und Göttinger Würstzitäten" doch eine recht herzlich praktische Bedeutung gewinnen können, eine höhere sogar als selbst die schwunghaftesten Reden des Mannheimer Katholikentages. Wir wünschen mit dem rheinischen Kollegen, daß im Verbands jede Ueberzeugung geäußert werden soll unter Wahrung des Prinzips der Neutralität, ob aber auf Grund derselben ein Arbeiter dem offenkundig betriebenen Brotwucher einer politischen Partei gefesselt ausge-liefert werden soll, mögen die Kollegen beantworten.

Korrespondenzen.

Berlin. In der Versammlung vom 27. August wurden die Kollegen aufmerksam gemacht, bei Einstellung von Lehrlingen die tarifliche Zahl derselben unter keinen Umständen überschreiten zu lassen und in etwa zu vergeichnenden Fällen sofort dem Vorstande Mitteilung zu machen. Es erging ferner das Ersuchen, für das Abonnieren auf den Corr. mehr als bisher zu agitieren, da Berlin bedauerlicherweise an Abonnenten kaum den vierten Teil seiner Mitglieder aufweist. In letzter Zeit wurden in der Volkszeitung eine Segnmaschine, wodurch fünf Kollegen entlassen wurden, und im Vorwärts zwei Segnmaschinen, wodurch sechs Kollegen in anderen Abteilungen beschäftigt werden müssen, aufgestellt. Im erstern Falle scheint die Personalreduzierung darum eine so reichliche geworden zu sein, um der Anciennität entsprechend einige unbeliebte Arbeiter, welche sich für Interessen der Kollegen bemüht haben, los zu werden. Nach dem Ersuchen, die Adressen der zu Oktober Neuauslernenden dem Vorstande rechtzeitig bekannt zu geben, berichtete der Vorsitzende jobann über die in den Nummern 33 und 34 des Typ. enthaltenen Verdächtigungen gegen unsern Verein in sehr umfangreicher Weise. Nicht zum erstenmale verdächtigt uns der Bund beim Tarif-Amt wegen Vergehen gegen den Tarif. Aber stets ohne Erfolg, seine Denunziationen erweisen sich stets als unwahr. Mit seinem neuesten Akte gegen den Berliner Verein ist es ihm nicht besser gegangen. Was mag wohl die Veranlassung dazu gewesen sein? Für uns sind die Gründe dafür sehr ersichtlich. Nicht freiwillig, sondern gezwungen unternahm er diesen Schritt! Der Krach im eignen Lager ist es, vor dem er sich zu retten sucht! Die Mitglieder sind empört über die schlappe Haltung des Bundes gegenüber unartigmächtig arbeitenden Bündlern. Von zuverlässiger Seite wird uns darüber mitgeteilt: Einige Mitglieder des Bundes hatten an den Vorstand des G.-B. wiederholt die Anfrage gestellt, ob es denn wahr sei, wie der Corr. berichtet, daß der G.-B. noch Mitglieder bei der Firma Schenck stehen habe (bei der Firma wird noch nach dem alten Tarife gearbeitet), und, wenn dies der Fall, so wollten sie sich an die demnächstige Vereinsversammlung wenden. Sie bekamen hierauf vom Berliner Ortsvereine die Antwort, daß es an dem wäre; es ständen noch acht (!) Bündler (ohne die Perquettschen! D. Schrift) bei Schenck; aber sie sollten doch derwegen "keenen Käse" machen, die Verbandsmitglieder arbeiteten ja auch in Druckereien, wo der Tarif nicht anerkannt sei. Des fernern sind ja dem G.-B. seit der letzten Tarifeinführung aus "nah und fern" die größten Tarifverstöße nachgewiesen worden, nicht zum mindesten auch vom Tarif-Amt. Er konnte sich nun drehen und wenden wie er wollte, Abhilfe gegen die Tarif-sünder war er außer Stande zu schaffen, sie sitzen ihm zu sehr im eignen Fleisch und Blute. In dieser Bedrängnis war ihm jedes Mittel recht, andere zu verdächtigen, um wenigstens vorübergehend das Tarif-Amt und die eignen Mitglieder zu beschwichtigen. Genügt hat es ihm freilich niemals viel; seine "Taten" kamen immer wieder zum Vorscheine. Diesmal hat er aber ein ganz besonderes Kunststückchen fertig gebracht, nachdem ihm seine Mitglieder auf die "Belle" gerückt sind. Das Druckerverzeichnis des Berliner Ganes sollte ihm diesmal über seine bodenlosen — Schwächen hinweghelfen. Mit Stentorkimmet ruft er in seinem Leibblatte: Wer ist tarifrecht! 51 Druckereien sind in dem Berliner Vereinsverzeichnis vorhanden; die im amtlichen fehlen. Woher kommt das? Wir seien Fälscher, Tarifbrecher, wir verjuchten das Tarif-Amt absichtlich zu täuschen und bergeiliden uns zu Boden streckende Injurien mehr. Das Tarif-Amt wurde von dem Bunde angerufen. Die Antwort, die wir dem Tarif-Amt auf die "Anfrage" des G.-B. gaben, brachte das erstere zu der Ueberzeugung, daß von einer Ubficht daselbst zu täuschen gar keine Rede sein könne; dieser Vorwurf könne nur einem kranken Gehirn entspringen sein. Unser Druckerei-Verzeichnis entstand auf folgende Weise: Nach beendeter Tarifrevision hat der Berliner Gausvorstand an der Hand des Berliner Adreßbüchses die Kollegen fast sämtlicher Berliner Buchdruckereien und der Vororte zu einer Besprechung zusammenberufen, um dieselben zu veranlassen, bei ihren Prinzipalern wegen Einföhrung des Tarifses vorstellig zu werden; die ihnen gewordenen Antworten sollten sie dann dem Gausvorstande übermitteln. Bis zum 1. Januar fanden sich teils auf unserm Bureau, teils durch schriftliche Meldungen Kollegen der in unserm Verzeichnisse aufgeführten Druckereien ein mit der Erklärung, daß ihnen prinzipalseitig die Anerkennung des Tarifses in seiner veränderten Form zugestanden worden sei. Diese Firmen stellten wir dann zusammen und ließen dieses Verzeichnis Anfang Januar zum Gebrauche für unsere Mitglieder drucken. Es geschah dies in der Annahme, daß der Einföhrung und mündlichen Anerkennung des Tarifses auch die schriftliche Anerkennung der betreffenden Firmen folgen werde. Diejenigen Firmen, die früher im amtlichen Verzeichnisse gestanden hatten, von denen aber eine neue Erklärung durch die Personale bei uns nicht vorlag, nahmen wir in unser Verzeichnis nicht auf, da wir nicht sicher waren, daß auch dort die Einföhrung des revidierten Tarifses wirklich erfolgt war. Man kann sich davon überzeugen, daß in unserm Verzeichnisse mehr als 150 Firmen stehen, die bereits früher im Verzeichnisse des Tarif-Amtes gestanden haben und auch in dem jetzigen wieder enthalten sind. Mit Erscheinen des amtlichen Verzeichnisses Ende April wurde unser Verzeichnis gegenstandslos und kassierten wir das-

selbe. Zum Zwecke des Umschauens nach Kondition hatte dasselbe seine frühere Berechtigung auch verloren, nachdem durch den paritätischen Arbeitsnachweis darauf hingewiesen wurde, das Umschauen zunächst einzuschränken; unser Verzeichnis war nach dem Erscheinen des amtlichen Verzeichnisses aber auch insofern wertlos, als ja in unserm Verzeichnis ein gut Teil der wirklich tarifirenden Firmen fehlte, so daß wir mit unserm Verzeichnis Mitgliedern ja nur Schaden zugefügt haben würden. — Dies der prinzipielle Teil unsern Antwortschreibens an das Tarif-Amt. Was will nun der G.-B. mit seiner Verächtlichkeit, daß wir unser Verzeichnis nur drucken ließen, damit unsere konditionlosen Kollegen Arbeit suchen könnten in nicht-tarifirenden Druckereien? Wäre er nicht so voreilig mit seinen Behauptungen gewesen, so hätte er sich selber sagen müssen, daß wir unsern Mitgliedern damit keinen Dienst erwiesen hätten. Aber freilich, es wäre zu viel verlangt, so viel Schlaueit ihm zuzutrauen. Dumm, frech und gefügig, das ist sein Motto, mit dem er sucht auf seiner Bahn weiter zu kommen. Das Tarif-Amt hat in seiner Sitzung vom 22. August über die Angelegenheit verhandelt und es ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine böse Absicht bei der Herausgabe unsern Verzeichnisses nicht vorgelegen habe. Es erucht uns aber, für die Folge von besonderen Verzeichnissen abzugehen. Wollen wir für unsere Mitglieder ein Verzeichnis drucken lassen, so ist uns natürlich der Abbruch des Tarifverzeichnisses gestattet. — Nachdem die Hoffnungen des G.-B., unser „gemeingefährliches Treiben“ durch das Tarif-Amt bloßgestellt zu wissen, trigerisch zu scheitern geworden sind, wird er weiblich auf das Tarif-Amt schimpfen, als die getreuen Vasallen und Knappen des Verbandes. Heil ihm! — Wir aber haben für seine gemeinen und erbärmlichen Verächtlichkeiten nur den Ausdruck tiefsten Mitleides. Müge er bald von seinen qualvollen Leiden erlöst werden! — An die Ausführungen des Vorstehenden schloß sich eine kurze Debatte, in welcher einerseits erklärt wurde, es wäre besser gleich zu antworten, andererseits überhaupt auf den Gehl nicht einzugehen, sowie bezügliche Verzeichnisse überhaupt nicht mehr herauszugeben. Es könnte doch sonst etwas bleiben. — Die Auffstellung der Kandidaten für die Vorgesitzernwahl zum Zentralvorstande hatte als Resultat die Nominierung der Kollegen Wintelmann, Neßmann, Bockwitz, Berg (Maschinemeister), Hanack, Bogt, Russial, Lorn, Meyer und Wönigk. Als Redatoren der Verbandsklasse wurden die Kollegen Giesede, Gordan und Herrn. Göbel gewählt. Die Abrechnung vom Jahresfeste ergab einen Ueberschuß von 102,36 Mk. Personalveränderungen waren zu melden: der Austritt der Seher Walter Behrend, Otto Busack (mit Nesten), des Druckers Ernst Marquardt, und wegen Berufsveränderung des Sehers Gustav Roske und des Druckers Max Thierbach. Verstorben sind die Kollegen Friedr. Sander, Robert Picht, Max Straypogal, Willibald Blantenburg, sämtlich Seher, und der Gießer Otto Merseburger.

Am. Düsseldorf. Von den etwa 270 Mitgliedern unsern Bezirks waren annähernd 100, einige mit Frauen, zu der am 30. August abgehaltenen außerordentlichen Ortsversammlung erschienen, um ein Referat der Schriftstellerin Frau Julie Berlin über Konsumgenossenschaftswesen entgegenzunehmen. Die Rednerin entlegte sich ihrer Aufgabe in beinahe eineinhalbstündigen Ausführungen in leicht verständlicher, überzeugender Weise und führte den Nachweis, daß hauptsächlich die Neutralität, gerade wie im Gewerkschafts- so auch im Konsumgenossenschaftswesen, der arbeitenden Klasse eminente Vorteile zu bieten im Stande sei. Die sich an den Vortrag anschließende Diskussion war eine sehr lebhaft. Es wurde dem Vorstande angeheingegen, mit dem hievorts bestehenden Arbeiter-Konsum-Vereine in Verbindung zu treten, um über die Beitrittsbedingungen in denselben nähere Aufklärung zu erhalten. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heute im Lokale Serlings, Köhler Straße, tagende Buchdrucker-Versammlung verpflichtet sich, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Konsumgenossenschaftsbewegungen zu unterstützen und fördern zu helfen; in erster Linie durch Beitritt in den Arbeiter-Konsum-Verein in Düsseldorf. — Wir können den Mitgliedern nur anraten, sich mit Fräulein Julie in Verbindung zu setzen, um dieselbe zu einem lehrreichen Vortrage und zwar in erster Linie über Neutrale Gewerkschaften, welchen die Referentin an der Hand der Erfolge unsern Verbandes klar und feststellend behandelt, zu gewinnen.

1. Warburg. Nachdem bereits in einer mäßig besuchten Versammlung am 12. Juli unser Delegierter Weber über den Verlauf der Generalversammlung in München referiert und man sich mit den dort gefassten Beschlüssen einverstanden erklärt hatte, fand am 30. August bei Jess Berg die dritte diesjährige Bezirksversammlung statt, welche von hier sehr gut, von auswärtigen Mitgliedern jedoch gar nicht besucht war. Ein schon mehrmals abgelehnter Antrag auf obligatorische Einführung des Corr., für jedes Mitglied ein Exemplar, welcher auch heute wieder gestellt war, wurde nach längerer, ziemlich lebhafter Debatte mit großer Mehrheit gegen neun Stimmen abgelehnt. (Wir haben hier seit einigen Jahren das Obligatorium: für zwei Mann ein Exemplar). Den Hauptgrund für die Ablehnung bildete wohl der Vorstandsantrag auf eine Steuererhöhung von mindestens 10 Pf. pro Woche im Falle der Annahme des Obligatoriums, ohne welche dasselbe nicht möglich sei. Der Antrag auf 10 Pf. Steuererhöhung wurde ebenfalls abgelehnt, dagegen ein solcher auf 5 Pf. Erhöhung vom 1. Oktober ab an-

genommen, da die starke Juanspruchnahme des Viatikums für Ausgesteuerte und Nichtbezugsberechtigte dies unbedingt nötig macht, was allerseits anerkannt wurde.

Rundschau.

Um den Buchdruckerlehrlingen künftig einen zweckentsprechendern Fortbildungs- bzw. Fachunterricht erteilen zu können, sind die an den gewerblichen Fortbildungsschulen im Großherzogtum Baden tätigen Lehrer zurzeit in Karlsruhe, um sich in einem kurzen Kursus die notwendigen Vorkenntnisse hierzu zu erwerben. Mit der Leitung dieses Kursus ist Kollege Richard Weißbach, eine anerkannt tüchtige Kraft (speziell durch seinen „Gutenbergs“-Holzschnitt auch außerhalb der badiſchen Preßbezirke geschätzt), betraut worden.

Den Konkurs angemeldet hat am 29. August in Leipzig der Buchdruckerbesitzer und Verlagsbuchhändler Siegfried Karl Franz Schurmpfeil.

In Brigen in Tirol wurde einem Verbandsmitgliede, der seinen Prinzipal um Verlängerung der gekündigten Kondition bat, vom Sektionsausschusse eine schriftliche Müge erteilt. Dieses Schreiben nun nannte der Gerichtliche in einer Versammlung einen „schuftigen Brief“. Dafür wurde er zu drei Tagen Arrest verurteilt. — Bei der bezüglichen Verhandlung meinte der Richter, daß gegen eine solche Müte gar nichts einzuwenden sei. Als der betreffende Verbandsrepräsentant erwiderte, die Ehrbegriffe der Verbändler ließen ein solches Vorgehen nicht zu, meinte der Richter: Jetzt möchten die Buchdrucker sich auch schon einen eignen Ehrentobez schaffen wie die Offiziere! — Der Richter befand sich damit im Irrtum: es handelt sich bei den Arbeitern nicht um einen besondern Ehrentobez, sondern sie beanspruchen nur, daß man ihre Anschauungen von Ehre ebenso respektiert wie die aller anderen Klassen.

Die Allgemeine Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehilfen (Sitz Berlin) hat in verschiedenen Blättern eine Warnung erlassen, sich dem Buchhändlerfache zu widmen. Das hat im Lager der „Prinzipalität“ arg verstanden. In den gegen diese Warnung veröffentlichten Artikeln wird zwar die in derselben angeführte Tatsache der schlechten Bezahlung der Gehilfen an sich nicht in Abrede gestellt, aber der „Vereinigung“ der Vorwurf gemacht, daß sie übertrieben habe und vor allem das „gute Einvernehmen“ störe. Wir haben angefaßt der Haltung, welche die Gehilfen des Buchhandels gegenüber anderen Berufsorganisationen einnehmen, keine Veranlassung, in dieser Sache Stellung zu nehmen, aber so viel sei gesagt, daß wir sehr oft uns die Frage vorlegen, wie sich der bei den Buchhandlungsgehilfen heimische Ständebübel mit den ihnen gezahlten niedrigen Löhnen vereinbaren lasse?

In Berlin tagte dieser Tage die erste Generalversammlung des Zentralvereins der Bureau-Angestellten, der zur Zeit in 8 Mitgliedschaften und 3 Zahlstellen 461 Mitglieder zählt. Nach dem Geschäftsberichte des Vorstandes haben sich die Verhältnisse dieser Berufsbranche zwar verbessert, aber immerhin beziehen in Berlin nur 18 Proz. über 100, 34 Proz. 50 bis 100 und 48 unter 50 Mk. Monatsgehalt und in der Provinz sind die Löhne teilweise noch schlechter. Dabei ist noch vielfach über Ständebübel zu klagen als die Ursache des Fernhaltens von der Organisation. Die weitere Tagesordnung brachte die Klage der Nichtbenutzung des Berliner Arbeitsnachweises der Organisation seitens der dortigen Krankenkassen. Weiter wird die Organisation durch den Verband der Verwaltungsbeamten der Orts-Krankenkassen geschwächt von dem man mindestens den Anschluß an die Generalkommission erwartet. Von der Gesetzgebung wird Regelung der Berufsverhältnisse der Bureau-Angestellten durch Festlegung einschlägiger Bestimmungen und Ausdehnung der Gewerbegerichte auf dieselben verlangt. Danach wurde die Einführung der Arbeitslosen- und die Unterstützung Wenigverdienender beschlossen. Der Monatsbeitrag wurde auf 30 Pf. für Mitglieder unter 20 Jahren und 1,20 Mk. für die übrigen festgesetzt, der Verein in 28 Gaue eingeteilt und der Anschluß an die Generalkommission beschlossen. Als Sitz des Vorstandes wurde Berlin, für den des Ausschusses Dresden bestimmt.

In Esterberg hatten es die Unternehmer fertig gebracht, bei den Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse die volljährigen weiblichen Mitglieder einfach dadurch auszuschalten, daß man sie nicht einlud. Die Beiratsalter dieser Manipulation waren so sehr von ihrem „Rechte“ überzeugt, daß sie sich bei dem abfälligen Entschiede der Amts- und Kreishauptmannschaft nicht beruhigten, sondern auch noch das Oberverwaltungsgericht anriefen. Natürlich hatte auch dieser Schritt keinen Erfolg. Es mußte eine neue Wahl vorgenommen werden.

Dem feinerzeit mitgeteilten Wunsche der Gastwirte, daß das Militärvot für Gastwirtschaften aufgehoben, mindestens aber nur auf solche Tage beschränkt werde, an welchen in den betreffenden Lokalen sozialdemokratische Versammlungen stattfinden, ist vom Garunions-Kommando in Leipzig Rechnung getragen worden, die Beschränkung auf die Versammlungstage soll stattfinden. In Betracht kommen hierbei zunächst nur vier Lokale. Näheres über diese Verfügung ist noch nicht bekannt, die Sache wird wohl noch einen Haken haben.

In den Webereien des sächsischen Vogtlandes herrscht erschreckender Arbeitsmangel. In 98 Proz. der gesamten Fabriken ist der Betrieb eingeschränkt. Im ganzen dürften etwa 4000 Stühle still stehen.

Die Postbeamten in Finnland sind von der Verpflichtung, die ihnen anvertrauten Postfächer als Sekret zu betrachten, entbunden worden. Der russische Minister des Innern verfügte kurzerhand: „Da es sich herausgestellt hat, daß übelgünstige Personen sich der Post bedienen, um periodische und andere Druckschriften regierungsfeindlichen Inhaltes zu verbreiten, hat der Minister es für nötig befunden, den Postbeamten Finnlands zu befehlen, in Fällen, wo Mitteilungen der Behörden oder anderweitige Umstände argwöhnend ließen, daß eine Postsendung derartige Schriften enthalte, in Gegenwart des Adressaten die betreffende Sendung zu erbrehen und die verdorbenen Schriftstücke dem Provinzgouverneur zu übergeben.“

Der „Arbeitsmarkt“ berichtet: Die merklliche Besserung der Beschäftigungsgrade in den meisten Industriezweigen, die während des Juli eingelebt hat, brachte auch die Streikbewegung wieder in lebhafteren Fluß. Der Zahl nach haben zwar die Ausstände im Juli etwas abgenommen: in Deutschland, Frankreich und England zusammen begannen nur 84 Streiks gegen 87 im Juni. Ganz erheblich ist aber die Zahl der Beteiligten gewachsen. Sie betrug, soweit darüber schon Ermittlungen vorliegen, in Frankreich 6434 gegen 5905, in England aber nicht weniger als 10462 gegen 10679 im Juni. Diese starke Streikbeteiligung ist auf allerdings kurze, aber überaus umfangreiche Arbeitseneinfaltungen zurückzuführen, die im Vergangenen stattgefunden haben. Insgesamt werden hier 13 verschiedene Ausstände gezählt, an denen sich 102591 Arbeiter beteiligten. Am umfangreichsten war die Arbeitseneinfaltung in den Pohlengruben der Distrikte Komanton, Casleford und Pontefract in Yorkshire, wo die jungen Hilfsarbeiter streikten, weil die Arbeitgeber eine höhere als die vereinbarte zehnprozentige Lohnherabsetzung vorgenommen hatten. In Oesterreich haben die Ausstände der Landarbeiter noch eine weitere Ausbreitung angenommen. In einem Walde bei Dobrowitz, wo sich an 7000 Landarbeiter versammelten, wurde beschloffen, alle Landarbeiter in Ogalizien zur Arbeitsniederlegung aufzufordern. Dem Beschlusse kamen auch sofort die Landarbeiter in einer ganzen Reihe von Gemeinden des Bezirks Jhoraz nach. Wie in Galizien ist die Streikbewegung der ländlichen Arbeiter auch noch in Italien und Spanien sehr lebhaft. In Spanien sind einige Streikgebiete mit starken Truppenaufboten belegt worden, ohne daß dadurch eine Beruhigung eingetreten wäre. Im Gegenteil, die Erregung wuchs und führte vielfach zu Unruhestörungen. So wurden in Villanueva die Entsefelter in Brand gesteckt. Mit den streikenden Landarbeitern sympathisierten die gewerblichen Arbeiter. So sind in Galizien z. B. 1000, in Wilbau 4000 Grubenarbeiter ausständig geworden. Die Landarbeiterbewegung in Italien hat zwar abgenommen, aber ist noch keineswegs zu Ende; vielmehr ist eine neue Gähnung erfolgt, als die Grundbesitzer in der Provinz Polesina alle diejenigen Arbeiter, die sich an den Streiks beteiligt hatten oder die organisiert waren, von den Entsefelter auszuweisen. Von sonstigen Streiks in Italien ist vor allem der Zustand der Fuhrleute in Sanpierdarena (Genua) zu nennen, die schon im Mai in einer Denkschrift ihre Forderungen aufgestellt und den Arbeitgebern vorgelegt hatten. Da keine Antwort erfolgte, so legten 1800 Fuhrleute auf einmal die Arbeit nieder. Daraufhin bewilligten einige Arbeitgeber sofort die Forderungen der Arbeiter. Im Streik standen noch die Rehmädchen der Fußgeschäfte in Mailand. Sie verlangten einen Mindestlohn und Abschaffung des Ausstragens fertiger Sachen in unformlich großen Schachteln. In den nördlichen Ländern streikten zahlreiche Arbeiter vornehmlich im Steinhauer- und Tischlergewerbe. Auch 400 Arbeiter einer Zündholzfabrik in Schweden legten die Arbeit nieder, da die Löhne um 10 Proz. herabgesetzt und gleichzeitig die Arbeitszeit verlängert werden sollte. In den Vereinigten Staaten dauert der Streik der Kohlengraber noch immer an, wenn auch manche Anzeichen dafür sprechen, daß er seinem Ende entgegengeht. — Die Zahl der neu begonnenen Streiks betrug im Juli in Deutschland 24, Oesterreich-Ungarn 9, Schweiz 4, Frankreich 35 und England 25.

Ueber die Veränderungen in den Löhnen und der Arbeitszeit der englischen Arbeiter während des Jahres 1901 teilt die S. Arb.-Btg. nach den Berichten des englischen Arbeitsamtes das folgende mit: Das Jahr 1901 wies zum erstenmale seit dem Jahre 1895 ein Sinken der Löhne auf. 1896 hatte eine aufsteigende Bewegung der Löhne eingesetzt, die 1900 ihren Höhepunkt erreichte; in diesem letztern Jahre wurden Löhne konstant, wie in keinem andern Jahre vorher, für das statistische Angaben vorliegen. Bereits Ende 1900 zeigten sich aber Anzeichen des Umschwungs, der 1901 eintrat. Zwar weist auch das Jahr 1901 für 430000 Arbeiter Lohnerhöhungen im Betrage von etwa 41000 Pfund Sterling wöchentlich auf, denen aber Lohnerabsetzungen im Betrage von 118000 Pf. Sterl. wöchentlich, von denen 493000 Arbeiter betroffen wurden, gegenüberstehen. In einander gerechnet ergibt das einen wöchentlichen Lohnverlust von 77000 Pf. Sterl., während das Jahr 1900 eine wöchentliche Zunahme von 209000 Pfund Sterl. und das vorangegangene eine Zunahme von 91000 Pf. Sterl. aufgewiesen hatte. Berücksichtigt man die verschiedenen Zeiten während eines Jahres, zu welchen die einzelnen Lohnerabsetzungen eintraten, so ergibt sich für das ganze Jahr 1901 eine Abnahme von 1584000 Pf. Sterl. gegen eine Zunahme von sechs Millionen Pfund im Jahre 1900. Auf den Kopf des be-

trifft das Jahr 1901 eine Abnahme von 1584000 Pf. Sterl. gegen eine Zunahme von sechs Millionen Pfund im Jahre 1900. Auf den Kopf des be-

